

**NIEDERSCHRIFT  
ZUR SITZUNG DES  
HAUPT- UND  
FINANZAUSSCHUSSES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:  
21. HuFA 2004-2009  
Sitzungsdatum:  
12.06.2007**

**Niederschrift**

Übach-Palenberg, den 12.06.2007

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

**Haupt- und Finanzausschuss**

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

**Tagesordnung**

**A) Öffentliche Sitzung**

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 05.12.06 aus öffentlicher Sitzung
3. Bebauungsplan Nr. 71 - Gewerbegebiet Carlstraße-Süd - 6. Änderung  
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
4. Bebauungsplan Nr. 79 - Bergarbeitersiedlung Palenberg - 5. Änderung  
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
5. 33. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Wurmbenden  
hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung der Festsetzung "Mischgebiet" in "Wohnbaufläche", "Fläche für Wald" in "Wohnbaufläche" und "Fläche für die Landwirtschaft" in "Fläche für Wald" und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
6. Bebauungsplan Nr. 98 - Wurmbenden -  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
7. Bebauungsplan Nr. 99 - Im Schlich -  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
8. Anregung nach § 24 GO der "Deutsche Umwelthilfe e.V." vom 07.05.2007 betr. der Senkung klimaschädlicher CO<sub>2</sub>-Emissionen im kommunalen Fuhrpark
9. Erweiterungen zur Tagesordnung
10. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

**B) Nichtöffentliche Sitzung**

11. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 05.12.06 aus nichtöffentlicher Sitzung
12. Personalangelegenheiten
  - 12.1. Höhergruppierung eines Verwaltungsangestellten
  - 12.2. Höhergruppierung einer Verwaltungsangestellten
  - 12.3. Ernennung einer Stadthauptsekretärin zur Stadtamtsinspektorin
  - 12.4. Ernennung einer Stadtobersekretärin zur Stadthauptsekretärin
  - 12.5. Ernennung einer Stadthauptsekretärin zur Stadtamtsinspektorin
13. Erweiterungen zur Tagesordnung
14. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- . Anfrage

Es waren anwesend:

**Stadtverordnete**

Herr Sascha Derichs	SPD	(als Vertreter für Eva Maria Piez)
Herr Herbert Fibus	SPD	(als Vertreter für Josef Krawanja)
Herr Josef Fröschen	CDU	(als persönlicher Vertreter für Herbert Konrads)
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	
Herr Paul Josef Gerschel	SPD	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Leo Meertens	UWG	
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Frau Erika Tanzer	SPD	
Herr Günter Weinen	CDU	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	

**Verwaltungsbedienstete**

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll  
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski  
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter  
Herr Kämmerer Bernd Schmitz  
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek (bis TOP 12.4, 17:50 Uhr)

Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen

(ab TOP 5, 17:15 Uhr)

**Schriftführer**

Herr Stadtammann Thomas Schröder

**Bürgermeister Schmitz-Kröll** stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, den Vertreter der Presse sowie Herrn Personalratsvorsitzenden Harald Eifert.

**Bürgermeister Schmitz-Kröll** bat darum, dass der Tagesordnungspunkt 4 zum Bebauungsplan Nr. 79 - Bergarbeitersiedlung Palenberg - von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werde.

Da er zu diesem Punkt befangen sei und sowohl die Stadtverordnete Piez als erste stellvertretende Vorsitzende als auch der Stadtverordnete Konrads als zweiter stellvertretender Vorsitzender sich für diese Sitzung hätten entschuldigen lassen, sei eine Sitzungsleitung in der bestehenden Vertretungsfolge nicht möglich.

Er empfehle deshalb diesen Punkt heute nicht zu beraten sondern zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung dem Stadtrat zu überlassen.

**Beschluss:**

**Der Tagesordnungspunkt**

**4. Bebauungsplan Nr. 79 - Bergarbeitersiedlung Palenberg - 5. Änderung  
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**

**wird von der Tagesordnung abgesetzt und dem Rat zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung überlassen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte am Ende der nichtöffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten zu wollen.

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

---

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass sie bereits in der Ratssitzung vom 15.5. darauf hingewiesen habe, dass sie eine korrigierende Anmerkung zum HuFA-Protokoll vom 8.5. vorbringen wolle. Da dieses Protokoll in der heutigen Sitzung zur Genehmigung anstehe, bitte sie um Berücksichtigung der damals geäußerten Anmerkung. So sei in dieser Niederschrift vermerkt worden, dass sie sich für eine Vertagung des Tagesordnungspunktes zur Anregung nach § 24 GO vom 31.3.2007 betreffend die Anbringung eines Verkehrszeichens Nr. 250 in der Fidelisstraße ausgesprochen habe. Dies sei von ihr so nicht gesagt worden. Sie bitte dies entsprechend zu berücksichtigen.

**Beschluss:**

**Die Niederschrift zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 8.5.2007 wird mit der o.g. Anmerkung zum Tagesordnungspunkt 6.1 genehmigt.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

2 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 05.12.06 aus öffentlicher Sitzung**

---

**Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 05.12.2006 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.**

3 **Bebauungsplan Nr. 71 - Gewerbegebiet Carlstraße-Süd - 6. Änderung**

**hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung**

---

**Beschlussempfehlung:**

- 1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen vorgebracht wurden.**
- 2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend den Anlagen 2.1 bis 2.6 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt und in der Urschriftensammlung enthalten).**

3. Der Planentwurf der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 71 – Gewerbegebiet Carlstraße-Süd - wird beschlossen.
4. Die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. Nr. 71 – Gewerbegebiet Carlstraße-Süd - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

Jeweils einstimmig

- 4 **Bebauungsplan Nr. 79 - Bergarbeitersiedlung Palenberg - 5. Änderung**  
hier: **Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**
- 

Der Punkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

- 5 **33. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Wurmbenden**  
hier: **Aufstellungsbeschluss zur Änderung der Festsetzung "Mischgebiet" in "Wohnbaufläche", "Fläche für Wald" in " Wohnbaufläche" und "Fläche für die Landwirtschaft" in "Fläche für Wald" und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**
- 

**Beschlussempfehlung:**

1. Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 33. Änderung des Flächennutzungsplanes angeordnet.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer Planaufgabe von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

Jeweils einstimmig

- 6 **Bebauungsplan Nr. 98 - Wurmbenden -**  
hier: **Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**
-

**Beschlussempfehlung:**

1. Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan Nr. 98 – Wurmbenden – aufgestellt (der Übersichtsplan ist Bestandteil der Sitzungsvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer Planaufgabe von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

Jeweils einstimmig

**7 Bebauungsplan Nr. 99 - Im Schlich -**

**hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

---

Stadtverordneter **Weinen** erinnerte daran, dass bereits in der Stadtentwicklungs- und Umweltausschusssitzung auf die mögliche Verkehrsproblematik zur Bruchhausener Straße eingegangen worden sei. Er sehe insbesondere einen denkbaren Unfallschwerpunkt in der Zuwegung zu dieser stark abfallenden Straße. Die in der StuA-Sitzung vorgestellte Planung lasse aber schon erkennen, dass man sich dieser Problematik bewusst sei und entsprechend handeln wolle.

**Bürgermeister Schmitz-Kröll** erläuterte, dass er dies auch so sehe. Eine entsprechende Berücksichtigung sei aber auch deshalb notwendig, um im weiteren Verfahren von den beteiligten Behörden die erforderliche Zustimmung zu erhalten.

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Bebauungsplan Nr. 99 – Im Schlich – wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Abs. 1 BauGB aufgestellt.
2. Die Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 2 BauGB in Form einer Planaufgabe von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.
3. Die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

Jeweils einstimmig

**8 Anregung nach § 24 GO der "Deutsche Umwelthilfe e.V." vom 07.05.2007 betr. der Senkung klimaschädlicher CO<sub>2</sub>-Emissionen im kommunalen Fuhrpark**

---

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion diesem Vorschlag zustimmen könne falls die Fahrzeuge, die die Stadt benötige auch als CO<sub>2</sub>-reduzierte Modelle verfügbar seien. Man erkenne die Intention der deutschen Umwelthilfe an, insbesondere auf die Industrie Druck auszuüben, um mehr CO<sub>2</sub>-reduzierte Modelle anzubieten.

Man gehe auch davon aus - und so wisse man es vom Bürgermeister aus der Vergangenheit - dass auch bei der Anschaffung eines neuen Dienstfahrzeuges weniger Wert auf die Größe als vielmehr auf Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gelegt werde. So denke man, dass vielleicht ein Modell mit einer CO<sub>2</sub>-freundlichen Hybridlösung eine sinnvolle Alternative darstellen könne.

Stadtverordneter **Weinen** bewertete den von der deutschen Umwelthilfe angeregten Beschlussvorschlag als „Augenwischerei“. Die innerhalb des Beschlussvorschlages genannten Grenzwerte, die sich an den Zielwerten der EU-Kommission orientieren, würden ohnehin so umgesetzt werden und die Beschaffung von Fahrzeugen sei in der Vergangenheit ebenfalls immer nach den neuesten technischen Standards erfolgt. Die Sorge, dass hier Fahrzeuge mit schlechteren CO<sub>2</sub>-Werten als nötig angeschafft würden, sehe er als unbegründet an. Er bewerte es eher als kontraproduktiv, die Höchstwerte für den CO<sub>2</sub>-Austoß festzulegen, da sie den möglichen technischen Fortschritt außer Acht lassen.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass er den Vorschlag anders beurteile. Die Anregung sehe er durchaus positiv, da sie ein politisches Zeichen nach außen gebe und insbesondere die Industrie zur schnelleren Anpassung ihrer Modellpalette anregen solle. Man verbaue sich mit dem Beschluss auch nichts, so dass er die Widerstände nicht nachvollziehen könne. Er erinnerte daran, dass die seinerzeit gefasste Resolution zur Verwendung von Rußpartikelfiltern, die die deutsche Umwelthilfe an sämtliche Kommunen herangetragen habe, mit Sicherheit auch positive Auswirkung auf den danach eingeleiteten Sinneswandel der Industrie gehabt haben mag.

Auch Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass man nicht davon ausgehen könne, dass automatisch immer der CO<sub>2</sub>-günstigste PKW gekauft würde und sich dieses Thema von selbst erledige. Hierzu sei der Beschluss ebenfalls nötig.

Auf Nachfrage der Stadtverordneten **Weinhold** wie viele PKWs sich zurzeit im städtischen Fuhrpark befänden, erklärte **Bürgermeister Schmitz-Kröll**, dass er dies aus dem Stegreif nicht genau beantworten könne. Nach überschlägiger Zählung schätze er, dass es sich hierbei um weniger als 10 Fahrzeuge handle. Er werde die konkrete Zahl aber gerne nachreichen.

Nachträgliche Anmerkung der Verwaltung:  
Zurzeit befinden sich im kommunalen Fuhrpark 13 stadteigene Personenkraftwagen.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass man sich auch für die in der Anregung zu

ermittelnden CO<sub>2</sub>-Werte der bestehenden PKW-Flotte interessiere. Dem Beschlussvorschlag werde man so zustimmen.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt beim Kauf oder Leasing von PKW für den kommunalen Fuhrpark darauf zu achten, dass der durchschnittliche CO<sub>2</sub>-Ausstoß der neu angeschafften PKW im Jahre 2008 den Wert 140 g Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) pro Kilometer nicht überschreitet und in den Folgejahren dieser Wert in 5-g-Stufen bis auf 120 g CO<sub>2</sub>/km für neu angeschaffte Fahrzeuge im Jahre 2012 abgesenkt wird.

Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß der aktuell bestehenden PKW-Flotte ab sofort zu erheben und jährlich den Wert der Flotte bzw. der neu angeschafften Fahrzeuge zu veröffentlichen. Dieser Stadtratsbeschluss wird den bisherigen und potentiell neuen Lieferanten von PKW-Neuwagen zur Kenntnis gebracht.

**Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
4 Enthaltungen

**9 Erweiterungen zur Tagesordnung**

---

Erweiterungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

**10 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters ergaben sich nicht.

**Bürgermeister Schmitz-Kröll** schloss um 17.45 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 17:58 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll  
Bürgermeister

Schröder  
Schriftführer